

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 79 (1992)
Heft: 9: Sprachsituation - Sprachwandel - Sprachfähigkeiten (2)

Rubrik: Blickpunkt Kantone

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkt Kantone

Zürich:

Die Schulsynode zu den Sparmassnahmen im Bildungswesen

Die 159. ordentliche kantonale Schulsynode, die am 29. Juni in Zumikon stattgefunden hat, stand im Zeichen des Mitspracherechtes der Lehrerschaft. Nach den Eröffnungsworten des Synodalpräsidenten *Stephan Aeischer* (Mittelschullehrer, Zürich) – der schleichend sich verschlechternde Rahmenbedingungen im Lehrerberuf konstatierte – und nach diversen Ehrungen und musikalischen Darbietungen ergriff Erziehungsdirektor *Alfred Gilgen* das Wort. Er informierte über anstehende Sparmassnahmen, die im Sinne der Opfersymmetrie künftig auch im Bildungsbereich zur Wirkung kommen sollen.

Grössere Klassen

Zum einen die *Vergrösserung der Klassen*: Gemäss Beschluss des Regierungsrates soll die Klassengrösse ab dem Schuljahr 92/93 für die Volksschule durchschnittlich 20, für die Sekundar- und Realschule 18 Kinder betragen. Gemäss Gilgen, der sich auf die Resultate einer Studie aus einem internationalen Quervergleich stützte, sei auch mit leicht erhöhter Schülerzahl die *hohe Qualität* des Unterrichts nicht in Frage gestellt. Einsparungen in der Höhe von 2,5 Millionen Franken erzielt die Erziehungsdirektion durch die Aufhebung von insgesamt 148 Stellen, de facto sind davon 20 besetzt. Im weiteren erwähnte Gilgen die Verkürzung der Lektionen auf 45 Minuten und die Neuregelung des Pflichtenhefts, der Arbeits- und Unterrichtsverpflichtungen für die Lehrerschaft.

Unmissverständlich kritisierte der Erziehungsdirektor die versammelte Lehrerschaft bezüglich ihrer Haltung zur *Mitarbeiterbeurteilung*, die im Rahmen der strukturellen Besoldungsrevision eingeführt werden soll. Er vermisste den Willen zur Diskussion und die konstruktive Mitarbeit an diesem Geschäft der Erziehungsdirektion. Mit klaren Worten forderte er auf, eine Stellungnahme dazu vorzulegen, andernfalls zeitige eine Verweigerung Konsequenzen. Im übrigen versicherte Gilgen, dass vor dem aktuellen Hintergrund notwendiger Sparbemühungen der allgemeine Bildungs- und Erziehungsauftrag ohne Einschränkungen auch weiterhin erfüllt werde.

Unter der Leitung von *Anton Strittmatter*, Chefredakteur der «Schweizerischen Lehrerzeitung», gaben im Anschluss diverse Kantonspolitiker und -politikerinnen einen Abriss über das bildungspolitische Profil ihrer Partei. Als ein über die Parteigrenzen (von SP bis SVP) hinaus gemeinsames und zentrales Anliegen wurde das Hauptgewicht auf die *Volksschule* und hier auf die Pflege der Grundausbildung gelegt sowie auf den Erwerb von sozialen Kompetenzen.

Lehrerbeurteilung und Leistungslohn

Die Parteienvertreter wurden von den Synodalinnen und Synodalen abschliessend zur *Oberstufenumfrage*,

zur *Lehrerbeurteilung* und zum *Leistungslohn* befragt. Dass die Lehrerbeurteilung an die Besoldung gekoppelt werden soll – wie in der Besoldungsrevision gefordert –, fand auf dem Podium die Unterstützung der Mehrheit *nicht*. Allgemein erachtete man eine seriöse und faire Beurteilung als grundsätzlich sinnvoll, wies aber auf die Gefahr hin, dass sie zum Spar- und Disziplinarinstrumentarium verkomme (CVP), oder wollte (wie die EVP) ein neu zu schaffendes Gremium damit beauftragen. Der Vertreter der FDP empfahl dafür die *Schulpflege* – äusserte aber Bedenken bezüglich des Zeitaufwandes. Auch die geplante Reform der Oberstufe fand bei der Mehrheit der Politiker grundsätzliche Unterstützung, wenn auch mit Einschränkungen. Skepsis bezüglich der Ausgestaltung der Modelle äusserte man vor allem im Hinblick auf die Abwertung des Klassenlehrerprinzips und die angestrebte Kostenneutralität.

(M.D: in: «NZZ» vom 30.6.92)

Obwalden

Harsche Kritik an der geplanten Aufhebung des Obwaldner Untergymnasiums

Die *Obwaldner Gymnasiallehrer gehen mit dem Erziehungsrat hart ins Gericht*. In einer Vernehmlassung bezeichnen sie das Vorgehen zur Einführung der *integrierten Oberstufe* und der damit verbundenen *Aufhebung des Untergymnasiums* als *überstürzt und unzulänglich*.

«Es ist eine Illusion zu glauben», wettern die Lehrer in einem Brief an den Obwaldner Erziehungsdirektor *Hans Hofer*, «dass die Chancengleichheit allein über die Schule erreicht werden kann.» Der Unmut der Pädagogen zielt auf einen Beschluss des Erziehungsrates ab, der sich im März für die Aufhebung der ersten beiden Klassen des Untergymnasiums und für die Einführung der integrierten Oberstufe aussprach. Der Regierungsrat hat die entsprechenden Anträge in erster Lesung bereits genehmigt, liess aber bis Anfang Juli eine Vernehmlassung durchführen. Für die Kantilehrer ist die Abschaffung des Untergymnasiums einer «bildungspolitischen Bankrotterklärung an die Zukunftschancen der nächsten Generation» gleichzusetzen.

In der Vernehmlassung schreibt der Verein der Obwaldner Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer: «Es ist überdies unverständlich, wenn ausgegerechnet der Kanton Obwalden an der Bildung sparen will. Eine gute Ausbildung ist die beste Investition.» Dabei hatte die erzieherische Arbeitsgruppe in ihrem Bericht lediglich vorgerechnet, dass die Aufhebung je nach Variante zwischen 300 000 und 800 000 Franken an Einsparungen bringen könnte.

Die Lehrerschaft steht mit ihrer Opposition nicht allein da. Zumindest die Eltern jener Kantonsschüler,

welche an einer Umfrage der Kantilehrer mitgemacht haben, geben den aufgebrachten Pädagogen recht. Auf die Frage: «Wie würden Sie sich entscheiden, wenn Sie die Wahl hätten zwischen integrierter Oberstufe und Untergymnasium?» antworteten nämlich 77 Prozent mit «Untergymnasium» und nur gerade 8 Prozent mit «integrierter Oberstufe». Die Mehrheit der Befragten (80 Prozent) wertete zudem den frühen Selektionsdruck als nicht negativ, und auch der lange Schulweg wurde von den meisten Eltern (90 Prozent) als nicht belastend empfunden. Der Verein der Obwaldner Gymnasiallehrer hofft nicht zuletzt aufgrund dieses Umfrageergebnisses darauf, dass der Regierungsrat ihre Argumente einer «ernsthaften Prüfung» unterzieht.

(Elmar Herger in: «LNN» vom 16.7.92)

Das Basler Bekenntnis zur Schulreform, das an Deutlichkeit eigentlich nichts zu wünschen übrig lässt, ist auch als *Vertrauensbeweis* gegenüber dem Erziehungsdepartement und der Projektleitung zu interpretieren. Ihnen steht in den kommenden zwei Jahren noch viel Arbeit bevor, geht es doch darum, nicht Bestehendes zu modifizieren, sondern von Grund auf *Neues zu schaffen*. Daraus resultieren naturgemäß Unsicherheiten und Berührungsängste, die es durch eine seriöse Vorbereitung zu minimieren gilt. Denn eines ist sicher: die neue Schule wird mit Schwierigkeiten konfrontiert werden, und dann wird jenes Vertrauen zum wichtigen Kapital, das jetzt geschaffen werden kann.

(SC. in: «NZZ» vom 22.6.92)

Basel-Stadt:

Klares Bekenntnis zur Basler Schulreform

Mit 28 460 Nein gegenüber 19 958 Ja hat das Basler Stimmvolk die *Initiative für regionale Schulkoordination* abgelehnt und damit an der 1988 an der Urne beschlossenen Schulreform festgehalten.

Bei einer Stimmbeteiligung von 38 Prozent ist der Zuspruch mit 58,8 Prozent Ja-Stimmen sogar noch deutlicher ausgefallen als vor vier Jahren. Damit werden die Kinder in Basel ab 1994 nach der vierjährigen Primarschulzeit eine *dreijährige Orientierungsschule* absolvieren, bevor sie dann entweder ins Gymnasium, die Real- oder Sekundarschule übertreten. Diese Orientierungsschule war von jeher der eigentliche Zankapfel der Schulreform. Die Reformgegner sehen in ihr – wohl fälschlicherweise – eine Art Gesamtschule, die sich andernorts, so mehrfach in Deutschland, nicht bewährt hat. Schülerinnen und Schüler würden zu spät ihrem Leistungsvermögen entsprechend in verschiedene Schultypen eingeteilt.

Schulreform nicht unterlaufen

Die *regionale Schulkoordination*, die der Initiative den Titel gegeben hat, ist nicht nur ein Anliegen der Initianten, sondern sie ist auch Gegenstand der Schulreform. Über die Koordinationsfähigkeit von Schulsystemen entscheidet allerdings nicht allein und nicht einmal in erster Linie die Anzahl Primarschuljahre, wie dies von Initianten immer wieder geltend gemacht worden ist; Fremdsprachenbeginn und Lehrmittel sind in diesem Zusammenhang sogar noch entscheidender. Die Koordination war allerdings ohnehin nur ein Vorwand der Reformgegner von 1988, mit einem neuen Urnengang das neue Schulsystem doch noch zu verhindern, obwohl die Vorbereitungen seit längerer Zeit auf Hochtouren laufen und gemäss den Angaben des Erziehungsdepartementes bestens vorankommen. Es ist aus staatspolitischer Sicht beruhigend, dass der unlängst manifestierte Volkswille *nicht auf Umwegen unterlaufen* werden konnte. Die zum Teil polemische, unsachliche und nicht immer der Wahrheit verpflichtete Argumentation der Reformgegner hat offensichtlich mehr Ablehnung als Zustimmung mobilisiert.

Bildungszentrum

Ausbildung von hauptamtlichen Berufsschullehrern der allgemeinbildenden Richtung

Das Schweizerische Institut für Berufspädagogik in Zollikofen bietet Ihnen einen viersemestrigen Studiengang für die Ausbildung zum hauptamtlichen Berufschullehrer/zur hauptamtlichen Berufsschullehrerin der allgemeinbildenden Richtung an.

Studienort: Zollikofen
Dauer: 4 Semester
Studienbeginn: 16. August 1993

Aufnahmebedingungen:

- a) Wahlfähigkeitszeugnis als Lehrer/Lehrerin der Volksschulstufe oder abgeschlossenes Hochschulstudium (inkl. Turnlehrer/in)
- b) Mindestalter von 24 Jahren
- c) erfolgreiche Tätigkeit im Schuldienst
- d) nebenamtliche Unterrichtspraxis an einer Berufsschule

Bewerber/innen, welche die obenstehenden Bedingungen erfüllen, werden zur Abklärung ihrer Eignung in der Zeit zwischen Januar und März 1992 zu einer Probelektion mit einer Lehrlingsklasse und zu einem Gespräch eingeladen.

Anmeldeschluss: 30. November 1992

Verlangen Sie den Studienprospekt beim:
Sekretariat des Schweizerischen Instituts
für Berufspädagogik, Kirchlindachstr. 79,
3052 Zollikofen, Telefon 031 - 57 48 81